

15.02.2023 - 08:11 Uhr

CSI: Die Sanktionen gegen Syrien müssen fallen



Binz (ots) -

Christian Solidarity International (CSI) fordert die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und die Schweiz auf, die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien rasch aufzuheben. Auch Bundespräsident Alain Berset bekam einen Brief.

Nach den Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Zehntausenden von Toten, Hunderttausenden von Verletzten und Millionen Menschen, die obdachlos wurden, wendet sich die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) an die Regierungen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz mit der Aufforderung, die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien aufzuheben. Der Appell von CSI erfolgt eine Woche nach den verheerenden Erdbeben in der Südosttürkei und in Nordsyrien.

Brief an Bundespräsident Alain Berset

In einem Brief an Bundespräsident Alain Berset verweist der internationale Präsident von CSI, John Eibner, auf die Erhebungen des Welternährungsprogramms (WFP). Danach hat sich die Zahl jener Syrer, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, innerhalb von nur zwei Jahren fast verdoppelt. 85 % der syrischen Haushalte sind nicht mehr in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Es mangelt in Syrien an fast allem

Das Erdbeben vom 6. Februar 2023 bringt den durch die Sanktionen verursachten eklatanten Mangel an Gütern ans Licht. "In nur wenigen Stunden starben Tausende von Menschen und Zehntausende wurden in Städten obdachlos, in denen es kein funktionierendes Gesundheitssystem und kaum Strom und Treibstoff für Bagger, Bergungsgeräte und Krankenwagen gibt. Wir werden nie erfahren, wie viele Menschen unter den Trümmern sterben mussten, nur weil die Geräte für die Bergung gefehlt haben", schreibt John Eibner an Alain Berset weiter. Eines sei sicher: "Die humanitäre Krise in Syrien war noch nie grösser als heute."

Die Schweiz soll den Genfer Konventionen folgen

Die von den USA genkündigten Ausnahmeregelungen würden angesichts der umfassenden Verbote von Treibstoff, Finanztransaktionen und Wiederaufbau kaum Wirkung zeigen, befürchtet John Eibner von CSI. Deshalb fordert er den Bundesrat auf, den Wirtschaftskrieg gegen Syrien nicht weiter zu unterstützen, sondern den vom Erdbeben schwer getroffenen Menschen in Syrien direkte Not- und Wiederaufbauhilfe zukommen zu lassen. Zudem stünde es der Schweiz gut an, international auf das Ende

der einseitigen Syrien-Sanktionen hinzuwirken. "So wie es sich für einen neutralen Staat gehört, der sich nach den Genfer Konventionen richtet", so CSI-Präsident John Eibner.

Die 1977 gegründete Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) setzt sich für Religionsfreiheit und Menschenwürde ein und unterstützt in vierzehn Ländern entsprechende Projekte. www.csi-schweiz.ch

Pressekontakt:

Rolf Hoeneisen, rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch, Medienverantwortlicher CSI-Schweiz Joel Veldkamp, joel.veldkamp@csi-int.org,
Leiter internationale Kommunikation CSI

Medieninhalte



In der im Krieg stark zerstörten syrischen Stadt Aleppo richtete das Erdbeben vom 6. Februar 2023 immense Schäden an. Die Menschen brauchen dringend Not- und Wiederaufbauhilfe. Deshalb müssen die Sanktionen aufgehoben werden. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100902856> abgerufen werden.